

LAK und GEW Hessen

Bildungsgerechtigkeit

1. *Wie steht Ihre Partei zu dem Verwaltungskostenbeitrag, den Studierende in Hessen bezahlen müssen?*
2. *Wie steht Ihre Partei zu der Idee von Studiengebühren für Studierende aus Nicht-EU-Staaten in Hessen? Wie steht Ihre Partei zu allgemeinen, Zweit- oder Langzeitstudiengebühren in Hessen?*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Fragen 1 und 2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet: Wir GRÜNE haben uns aus Überzeugung immer vehement gegen jegliche Art von Studiengebühren eingesetzt. Dies betrifft sowohl allgemeine Studiengebühren als auch Gebühren für ein Langzeitstudium, Zweitstudium und Gebühren für Ausländer. In Hessen haben wir uns 2008 erfolgreich für deren Abschaffung gegen eingesetzt. Für uns ist klar: Studiengebühren widersprechen unseren Zielen einer offenen Hochschule, sie wird es mit uns nicht geben. Die derzeitige Rechtslage diesbezüglich soll beibehalten werden.

3. *Wie plant Ihre Partei mehr Menschen den Zugang zu einem Studium zu ermöglichen? Wie plant Ihre Partei das neuste Urteil des Bundesverfassungsgericht zum sog. NC umzusetzen?*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Formal ist der Zugang zu einem Studium so weit geöffnet wie noch nie: Neben der allgemeinen Hochschulreife eröffnen ein Meisterbrief, aber auch eine abgeschlossene dreijährige Berufsausbildung (mindestens Notendurchschnitt 2,5) in Hessen den Zugang zur Hochschule. Akademische und berufliche Bildung sind für uns gleichwertig. Daher bleibt es unser Ziel, Bildungshürden einzureißen und neue Karrierewege möglich zu machen. Da die Voraussetzungen der unterschiedlichen Studienanfänger*innen sehr ungleich sind, bedarf es begleitender, beratender und unterstützender Angebote, um möglichst viele Studierende zum Erfolg zu bringen und damit neben der formellen Öffnung auch die faktische Öffnung der Hochschulen zu erreichen. Die folgenden Maßnahmen sind zudem dazu geeignet, die Lehre in Gänze zu verbessern und den Anteil Studierender, die sich während des Studiums neu orientieren, zu reduzieren. Dazu gehören:

- Einführung von Orientierungsstudiengängen an allen Hochschulen;
- Studium der angepassten Geschwindigkeiten (vergleichbar mit der flexiblen Eingangsphase an Grundschulen);
- Unterstützungsangebote wie bspw. Brückenkurse in Mathematik, wissenschaftlicher Recherche und Schreiben,
- Abbau sozialer Hinderungsgründe bspw. durch Steigerung der Anzahl der Wohnheimplätze in Studierendenwohnheimen; die GRÜNE Zielgröße ist, Wohnheimplätze für zehn Prozent der Studierenden vorhalten zu können;
- Fortsetzung der zuverlässig anwachsenden Finanzierung für die Studierendenwerke, wie sie zuletzt in den neuen Ziel- und Leistungsvereinbarungen durch die Landesregierung festgelegt

- wurde, um diese beim Ausbau sozialer Strukturen für Studierende beispielsweise in der Kinderbetreuung zuverlässig zu unterstützen,
- weitere gezielte Fortbildungskampagnen für Lehrende in Hochschuldidaktik, verpflichtender Nachweis von Fähigkeiten in diesem Bereich bei Neuberufungen.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Auswahlverfahren im Medizinstudium gibt zu Recht vor, dass neben der Abiturnote auch andere Kriterien berücksichtigt werden müssen. Ob sich jemand ehrenamtlich engagiert, eine berufliche Ausbildung hinter sich hat oder besonders motiviert ist, sagt ebenfalls viel darüber aus, ob jemand ein guter Arzt oder eine gute Ärztin werden kann. Wir GRÜNE werden uns dafür einsetzen, dass berufliche Erfahrung und soziales Engagement einen Unterschied machen. Unabhängig davon sind wir der Ansicht, dass im Allgemeinen mehr Medizinstudienplätze geschaffen werden müssen.

4. *Ob und wie will Ihre Partei gewährleisten, dass Studierende in Hessen ihr Masterstudium absolvieren können?*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Wir GRÜNEN setzen uns auf Landesebene dafür ein, dass ausreichend Plätze für Masterstudiengänge zur Verfügung stehen. Klar ist auch, dass die Anzahl der Masterstudienplätze so groß sein muss, dass nicht zu hohe Hürden entstehen und im Regelfall der Übertritt in den Master möglich ist. Das Land Hessen muss dafür die Kapazitäten der Masterstudienplätze ausweiten. Wir halten Mindestnoten, die für Studierende auch realistisch zu erreichen sind, grundsätzlich für zulässig. Beispielsweise haben wir den Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte an eine Ausbildungsdurchschnittsnote von 2,5 geknüpft. Auf diese Weise stellt man sicher, dass Studierende auch die benötigten Grundlagen für ein erfolgreiches Studium mitbringen. In Hessen setzen wir uns für die Hochschulautonomie ein, das heißt, die Hochschulen sind u.a. frei in ihrer Entscheidung, ob sie neben einem Numerus Clausus auch weitere Kriterien wie zum Beispiel berufliche Erfahrung, ehrenamtliches Engagement oder Bewerbungsgespräche zur Auswahl der Studierenden durchführen. Wir wollen auch ein Teilzeitstudium in der Masterphase ermöglichen.

5. *Wie bewertet Ihre Partei die gegenwärtigen Kapazitäten an Studienplätzen in Hessen und wie plant sie diese fortzuentwickeln?*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Es war richtig, auf die studentische Nachfrage mit einem vergrößerten Angebot zu antworten und möglichst offen zu halten. Wir werden die Hochschulen weiter darin unterstützen, sich dem Prozess der Bildungsexpansion zu stellen. Für die Qualität von Studienmöglichkeiten ist eine gute Relation zwischen Lehrenden und Studierenden unerlässlich. Um die Betreuungsrelation zu sichern, werden wir den Weg der verlässlich wachsenden Grundfinanzierung der Hochschulen weitergehen und die Stellensituation weiter verbessern. Daher setzen wir uns für die Verstetigung des Hochschulpakts 2020 ein.

Hochschulfinanzierung

1. *Auf welchem Wege will Ihre Partei eine tragfähige Ausfinanzierung der Hochschulen in Hessen sicherstellen?*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Unsere hessischen Hochschulen sind die Quelle des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritts. Daher brauchen wir eine Hochschulfinanzierung, die der starken Nachfrage nach Studienplätzen Rechnung trägt und gleichzeitig (inter)national wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für Forschung und Lehre in den Hochschulen schafft. Während die Hochschulen in der vorherigen Wahlperiode mit stagnierenden Budgets, bzw. sogar mit Kürzungen in der Mittelzuweisung operieren mussten, hat Hessen unter GRÜNER Regierungsbeteiligung als erstes Land die Empfehlungen der großen Wissenschaftsorganisationen umgesetzt, die Hochschulfinanzierung um ein Prozent oberhalb der Inflation aufwachsen zu lassen, und damit die Grundfinanzierung deutlich verbessert. Damit hat Hessen Anschluss an die Spitzengruppe der deutschen Länder gefunden. Ziel hessischer Hochschulpolitik muss es sein, diese Position weiter auszubauen.

Gute Bedingungen für Forschung und Lehre erfordern außerdem auch intakte Gebäude und eine gute Geräteausstattung. Daher wollen wir die Investitionsmittel deutlich auf 250 Mio. Euro pro Jahr steigern. Zu niedrige Investitionen von heute erzeugen einen wesentlich höheren Bedarf in der Zukunft. Zu niedrige Ansätze bei Instandhaltung, Renovierung und Neubau sind Schattenschulden für die kommende Generation. Aus diesem Grund werden wir die Investitionstätigkeit im Hochschulbereich wieder deutlich steigern, sofern dies haushaltstechnische Probleme nicht unmöglich machen.

2. *Wie steht Ihre Partei zum Hochschulpakt 2020 und einer möglichen Fortführung? Welchen Veränderungsbedarf sieht sie gegebenenfalls?*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Die Hochschulen in Deutschland standen vor Mitte der 2000er Jahre vor der Herausforderung, eine stark steigende Anzahl von Studierenden zu versorgen. Bund und Länder sind dieser Entwicklung mit dem Hochschulpakt 2020 begegnet. Entgegen den ursprünglichen Erwartungen, ist nicht erkennbar, dass sich die Anzahl der Studierenden in den nächsten Jahren reduzieren wird, sondern dass das hohe Niveau beibehalten wird. Wir GRÜNEN wollen ein Maximum an Planungssicherheit für unsere Hochschulen erreichen, damit Stellen besetzt werden können, Projekte fortgeführt werden und Studienangebote weiter entwickelt werden. Darum muss der Bund-Länder-Hochschulpakt nicht nur verstetigt, sondern auch aufgestockt werden, um die Grundfinanzierung der Hochschulen gemeinsam zu sichern.

Wir haben mit einem eigenen Hessischen Hochschulpakt als erstes Land die Forderungen der großen Wissenschaftsorganisationen umgesetzt, den Hochschulen eine verlässlich steigende Grundfinanzierung zur Verfügung zu stellen. Diese Finanzierung hat wesentliche Impulse in unser Hochschulsystem gebracht. Deshalb muss auch der Hessische Hochschulpakt

fortgeführt werden, damit das Land weiter seinen Teil an der Finanzierung der Hochschulen beiträgt.

3. *Wie bewertet Ihre Partei die Zunahme und Bedeutung der Drittmittel für die Hochschulen? Was plant Ihre Partei um Transparenz in diesem Bereich zu schaffen?*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Transparenz fördert Legitimität und Akzeptanz in der Gesellschaft für die hohen öffentlichen Zuweisungen für Wissenschaft und Forschung. Die Ansprüche an Transparenz müssen dabei gegen die berechtigten Interessen der Forscherinnen und Forscher sowie der Forschungspartner abgewogen werden. Wir wollen die Grundfinanzierung der Hochschulen stärken und so die Balance zwischen Grund- und Drittmittel-Finanzierung wieder herstellen. Forschung muss sich auch vor der Gesellschaft verantworten. Das heißt, die Herkunft und Verwendung von Drittmitteln muss veröffentlicht werden.

4. *Wie bewerten Sie und Ihre Partei die Exzellenzstrategie von Bund und Ländern sowie die landeseigene Initiative LOEWE und was plant sie hierbei in Zukunft?*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Exzellente Forschung findet für uns nicht nur in wenigen vermeintlichen Eliteuniversitäten statt, sondern ist eine Aufgabe, die wir an vielen Hochschulen und Instituten unseres Landes verortet sehen. Gleichwohl bekennen wir uns neben einer auskömmlichen Forschungsförderung in der allgemeinen Hochschulfinanzierung zu Instrumenten der besonderen Förderung der Spitzenforschung. Das LOEWE-Programm hat bereits viele Forschungsprojekte erfolgreich angestoßen. Mehr als bisher muss Wert darauf gelegt werden, erfolgreiche Zentren und Cluster zumindest teilweise zu verstetigen. Um dies zu erreichen, müssen die bisherigen Förderdauern durch Aufbauphasen und Übergangsphasen ergänzt werden.

Studienbedingungen

1. *Wie bewertet Ihre Partei den Umsetzungsstand des Bologna-Prozesses und welchen Reformbedarf sieht sie bei der Studienstruktur in Hessen?*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Wir unterstützen das Ziel eines europäischen Hochschulraums. Für uns ist klar: Nicht die Bologna-Reform an sich, sondern ihre Umsetzung ist kritisch zu überprüfen. Erfolg haben wir dabei erzielt, dass die Umsetzung der Lissabon-Konvention im Hessischen Hochschulgesetz verankert wurde. Dadurch haben wir erreicht, dass bei der Anerkennungspraxis ausländischer Studienleistungen, die Beweislast bei der Anerkennung von Leistungsnachweisen umkehrt wird, womit Studierenden ein Auslandssemester oder der Wechsel des Studienorts vereinfacht wird. Um allerdings die Mobilität der Studierenden weiter zu steigern, müssen Bachelorstudiengänge flexibilisiert und Zeitfenster für Mobilität eingebaut werden. Fern- oder berufsbegleitende Studiengänge, der Einsatz digitaler Unterrichtsmethoden (z.B. Blended Learning), ein offener Hochschulzugang sowie das Studieren mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten müssen gestärkt werden.

2. *Wie steht Ihre Partei zu einem Recht auf ein Teilzeitstudium?*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Uns GRÜNEN ist wichtig, dass Studierende in ihren individuellen Lebenssituationen unterstützt werden, anstatt ihnen Steine in den Weg zu legen. Ein Teilzeitstudium ist für alle eine Alternative, die neben dem Studium noch einer beruflichen Tätigkeit nachgehen oder Kinder erziehen, bzw. kranke Angehörige betreuen müssen und das nicht mit einem Vollzeitstudium vereinbaren können. Auch eine Behinderung, schwere chronische Erkrankungen sowie Hochleistungssport können Gründe für die Aufnahme eines Teilzeitstudiums sein. Das Studieren in Teilzeit bietet eine gute Möglichkeit, um Pflege, Kinderbetreuung und/oder Berufstätigkeit mit einem Studium besser vereinbaren zu können. Wir GRÜNEN haben uns in der Vergangenheit dafür eingesetzt, die Möglichkeit des Teilzeitstudiums auszubauen. Das ist uns auch bei den zulassungsfreien Studiengängen gelungen. Bei den zulassungsbeschränkten Studiengängen haben wir einen Reformprozess angestoßen, den wir fortführen werden.

Wir sind jedoch auch der Ansicht, dass das Modell des Teilzeitstudiums generell überarbeitet werden muss, damit es für Studierende noch attraktiver wird. Beispielsweise können Teilzeitstudierende kein BAföG beantragen oder sind von der studentischen Krankenkasse ausgeschlossen. Das müssen wir ändern und mehr Flexibilität im Teilzeitstudium erreichen.

3. *Wie steht Ihre Partei zur Abschaffung der Anwesenheitspflicht im Rahmen einer Novelle des Hessischen Hochschulgesetzes?*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Ein Verbot von Anwesenheitspflichtregelungen halten wir nicht für zielführend, da einige Studienangebote spezielle Einzelplätze beanspruchen, beispielsweise Praktika in den Naturwissenschaften. Bei solchen Angeboten ist eine platzgenaue Zuteilung notwendig. Wir sind der Ansicht, dass unsere Hochschulen als Präsenzort auch weiterhin eine wichtige Rolle in der Lehre spielen. Um ein zeitlich flexibles Studieren dennoch zu ermöglichen, setzen wir uns für den Ausbau von Fern- oder berufsbegleitenden Studiengängen, den Einsatz digitaler Unterrichtsmethoden (z.B. Blended Learning), einen offenen Hochschulzugang sowie das Studieren mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten oder in Teilzeit ein.

4. *Wie bewertet Ihre Partei das im HHG vorgesehene Orientierungsstudium und wie möchte sie Hochschulen motivieren dieses einzuführen?*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Im Orientierungsstudium sollen Studierende zunächst verschiedene Studiengänge und Berufsziele kennenlernen. Es dient dazu, den Studienstart zu vereinfachen, damit weniger Studierende gerade in der schwierigen Anfangsphase ihr Studium abbrechen. Das verbessert die Studienbedingungen und stärkt die Interessen der Studierenden. Wir GRÜNE haben uns in dieser Legislatur dafür eingesetzt, das Orientierungsstudium im Hessischen Hochschulgesetz zu ermöglichen und das Geld für die Entwicklung und Durchführung der Modellversuche eingestellt. Wir werden auch weiterhin interessierte Hochschulen darin

unterstützen, diesen Weg zu gehen und uns für die flächendeckende Umsetzung des Orientierungsstudiums einsetzen.

5. *Wie steht Ihre Partei zu Verbesserungen in den Staatsexamen?*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Staatsexamina werden zum Abschluss u.a. in folgenden Studiengängen in Hessen abgelegt: Medizin, Pharmazie und Zahnmedizin. Besonderen Handlungsbedarf sehen wir im Bereich der Lehrkräfteausbildung. Wir wollen in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern Theorie und Praxis enger verzahnen. Die Institutionen der Lehrer- und Lehrerinnenbildung sollen daher stärker zusammenarbeiten. Die Fort- und Weiterbildung erhält einen größeren Stellenwert in der schulischen Praxis. Immer wieder bemängeln Studierende der Lehramtsstudiengänge, dass ihr Studium zu wenig mit der schulischen Wirklichkeit zu tun habe. Wir haben uns daher in der Vergangenheit immer dafür eingesetzt, die Verknüpfung von Theorie und Praxis zu steigern. Es kann nicht sein, dass Studierende erst zum Ende ihres Studiums das erste Mal mit realen Unterrichtssituationen in Kontakt kommen bzw. erste Unterrichtsversuche machen. Wir sind überzeugt davon, dass eigene Unterrichtsversuche auch in der ersten Hälfte des Studiums notwendig sind, um den Studierenden den Rollenwechsel zum Lehrenden zu ermöglichen und Erfahrungen zu machen, die ihnen helfen, sich im Zweifel klar zu werden, ob die Tätigkeit als Lehrer oder Lehrerin das Richtige für sie ist. Dem Konzept eines Praxissemesters, also einer engen Verzahnung von Praxisanteilen und theoretischen Lehrinhalten, stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber, allerdings wollen wir nach der ersten Erprobungsphase Nachbesserungen an der jetzigen Regelung anbringen. Die Fortbildung der Lehrkräfte ist Studien zufolge eines der wichtigsten Instrumente zur Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung von Unterricht. Wir wollen daher die in der Lehrer- und Lehrerinnenbildung tätigen Institutionen (Universitäten, Studienseminare, Schulen) enger vernetzen und der Fort- und Weiterbildung einen größeren Stellenwert in der schulischen Praxis einräumen; gegenseitige Supervision muss als regelmäßige Tätigkeit von Lehrkräften möglich werden.

6. *Wie will Ihre Partei gewährleisten, dass Studierende auch oberhalb der Regelstudienzeit problemlos studieren können?*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Die Vorgaben zur Regelstudienzeit sollen durch die Hochschulen flexibel gehandhabt werden können. Ein inhaltlich und zeitlich flexibles Studium kann durch Fern- oder berufsbegleitende Studiengänge, den Einsatz digitaler Unterrichtsmethoden (z.B. Blended Learning), einen offenen Hochschulzugang sowie dem Studieren mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten erreicht werden. Für uns ist klar, dass ein Studium in organisatorischer Hinsicht so angelegt sein muss, dass es in angemessener Zeit zum Abschluss gebracht werden kann.

Soziale Infrastruktur

1. *Wie plant Ihre Partei der studentischen Wohnraumnot und den hohen Mieten in den Städten entgegen zu wirken?*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Seit Beginn des Förderprogramm Studentisches Wohnen 2015 wurden bereits für mehr als 2.700 Studierendenunterkünfte Mittel bereitgestellt und abgerufen. Wir wollen aber auch in Zukunft Studierendenwerke bei der Schaffung von Wohnungen für Studierende noch besser unterstützen. Im Bereich des studentischen Wohnens streben wir einen Versorgungsgrad von zehn Prozent an. Der über das Förderprogramm für Studentisches Wohnen geschaffene Wohnraum kommt mittelbar auch allen anderen Wohnungssuchenden zu Gute. Denn Studierende, die in geförderten Wohnheimen wohnen, müssen sich nicht mehr auf dem regulären Wohnungsmarkt nach einer Wohnung umsehen. Damit werden insgesamt mehr Wohnungen zur Verfügung stehen und der Preisdruck sinkt langfristig. Diese Förderung des Studentischen Wohnens wollen wir fortsetzen.

Wir arbeiten insgesamt kräftig daran, die Situation am gesamten Wohnungsmarkt deutlich zu verbessern und wollen, dass genügend Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellt werden. Daher wollen wir die aktuelle Fördersumme von 1,7 Milliarden Euro bis 2020 auf 2 Milliarden Euro anheben und dabei den Zuschussanteil in Kombination mit spezifischen Bindungen vergrößern. Mit diesen Fördermitteln können rund 20.000 Wohnungen für 60.000 Menschen gebaut werden.

Um die Förderkonditionen im sozialen Wohnungsbau zu verbessern, wurden die bisherigen Einzelförderprogramme für „geringe Einkommen“, „mittlere Einkommen“, „studentisches Wohnen“ und „Modernisierung Mietwohnungen“ in einer Gesamtrichtlinie zusammengeführt, vereinfacht und verbessert. Dabei wurden die Fördersätze erhöht, wobei insbesondere die Investition in studentischen Wohnraum profitieren wird. Wenn das Studierendenwerk beim Bau von Studentenwohnungen eine 40-jährige Bindung eingeht, steigt der Förderzuschuss von 10 Prozent auf 20 Prozent. Die neue Richtlinie hat eine Geltungsdauer bis Ende 2023, daher ist eine Gewährleistung der Förderung und günstigen Darlehenskonditionen gemäß der Richtlinie gesichert. Diese Sicherheit wollen wir nutzen, um in den kommenden Jahren den Wohnungsmarkt auch für den studentischen Wohnraum stetig zu verbessern und den Preisdruck zu verringern.

2. *Wie und in welchem Umfang plant Ihre Partei in Zukunft die Studierendenwerke in Hessen zu finanzieren? (Reduzierung des Beitrags der Studies)*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Die Studierendenwerke leisten einen unverzichtbaren Beitrag für ein erfolgreiches Studium - nicht nur, aber besonders für Studierende mit keinem oder geringem Einkommen. Sie versorgen die Studierenden in den Mensen mit Essen, bieten studentischen Wohnungsraum und viele weitere Angebote, um die Konzentration aufs Studium zu erleichtern. Durch zusätzliche Landesmittel haben wir in den vergangenen Jahren die Studierendenwerke unterstützt. Das war ein wichtiger Schritt, um die Beiträge der Studierenden stabil halten zu können. Diesen Kurs wollen wir fortsetzen und die Studierendenwerke auch bei der Schaffung von Wohnungen für Studierende noch besser unterstützen. Gemeinsam mit den anderen Akteuren des sozialen Wohnungsbaus wollen wir es schaffen, dass es für zehn Prozent der Studierenden Wohnheimplätze gibt.

3. *Wie und in welchem Umfang plant Ihre Partei die Weiterentwicklung der Mobilität (z.B. ÖPNV, Straßennetz, Fahrrad) für Studierende in Hessen? Wie plant Ihre Partei die Finanzierung der Semestertickets zu unterstützen?*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Wir GRÜNE wollen Hessen zum Vorreiter der Verkehrswende machen. Dazu haben wir die Richtung der Politik in Hessen geändert. Bis 2021 wird das Land Hessen jedes Jahr die Rekordsumme von mehr als 800 Millionen Euro in den ÖPNV investieren. Die landeseigenen Mittel für die kommunale Infrastruktur fließen seit Beginn der Legislaturperiode im Jahr 2014 hälftig je in öffentlichen Nahverkehr und Straßenbau. Selbst bei den Straßenmitteln haben wir GRÜNE erfolgreich umgesteuert: 2017 gingen 84 Prozent der Mittel in Sanierung und Erhalt der Landesstraßen, 2014 waren es erst 72 Prozent. So halten wir den Verkehr flüssig und verhindern aktiv, dass durch neue Straßen Umwelt und Natur weiter zerstört werden.

Studentinnen und Studenten profitieren von diesen Investitionen in besonderem Maße. Denn sie sind gemeinsam mit Schülern und Auszubildenden die häufigsten Nutzerinnen und Nutzer ökologisch nachhaltiger Verkehrsträger. Sie sind diejenigen, die noch in dreißig Jahren von den gegenwärtigen Investitionen in intelligente Verkehrslösungen profitieren werden..

Wir GRÜNE sind sehr engagiert dabei, umweltfreundliche Verkehrsangebote auszubauen und nachhaltig zu stärken. Flatrate-Tickets für Studentinnen und Studenten werden immer mehr umweltfreundliche Mobilität zu vergleichsweise günstigen Preisen ermöglichen, gemäß dem Motto „Nutzen und Teilen statt Besitzen“. An der Nutzerfinanzierung des Semestertickets werden wir in der kommenden Legislaturperiode nichts ändern. Wir können uns jedoch gut vorstellen, langfristig ein Bürgerticket für ganz Hessen anzubieten. Dafür müssen Busse und Bahnen auf diese Bedarfe angepasst und die Langfristfinanzierung gesichert werden.

4. *Wie plant Ihre Partei Student*innen bei der Studienfinanzierung zu unterstützen?*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Die soziale Schieflage im deutschen Bildungssystem aufzulösen, hat für uns GRÜNE oberste Priorität. Wer aus einer Familie kommt, die einkommensschwach ist oder in der noch nie zuvor jemand studiert hat, der braucht Ermutigung und Unterstützung, um sich für ein Studium zu entscheiden, ideell wie finanziell. In so einer Ausgangslage braucht man gute Beratung, beste Studienbedingungen und ein BAföG, das zum Leben reicht. Das BAföG muss durch den Bundesgesetzgeber kontinuierlich an den Bedarf der Studierenden und ihre realen Lebenshaltungskosten angepasst werden und soll endlich deutlich mehr Studierende erreichen. Unser Land lebt von gut ausgebildeten Menschen. Deswegen wollen wir Vorfahrt für Bildungsaufstieg. Wir GRÜNEN in Hessen und im Bund setzen uns gemeinsam dafür ein, dass das BAföG künftig automatisch und regelmäßig erhöht wird und eine ortsabhängige Wohnpauschale enthält. So können Studierende steigende Lebenshaltungskosten und Mieten schultern. Nur so kann verhindert werden, dass die tatsächlichen Lebenshaltungskosten die Fördersätze immer weiter übersteigen. Außerdem wollen wir das BAföG in einem zweiten Schritt zum Zwei-Säulen-Modell weiterentwickeln. In der ersten Säule erhalten alle Studierenden einen Studierendenzuschuss – einen gleich hohen

Basisbetrag für alle. Mit der zweiten Säule kommt ein individuell bemessener Bedarfszuschuss hinzu. Beides soll, anders als das jetzige BAföG, nicht zurückgezahlt werden müssen.

Studentische Mitbestimmung

1. *Wie steht Ihre Partei zum Politischen Mandat der Student*innenvertretungen?*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Wir wollen, dass Studierende sich in allen Belangen, die sie auch betreffen, politisch in Studierendenvertretungen äußern können. Eine autonome Hochschule muss daher die ihr gewährte Handlungsfreiheit auf all ihre Mitglieder ausweiten können. Autonomie und Selbstverwaltung in demokratischer Verfasstheit sind für uns zwei Seiten einer Medaille. Autonomie muss dabei nicht nur die Wissenschaft vor unzulässiger Einmischung von außen schützen, sondern auch den Wissenschaftler*innen und anderen Hochschulangehörigen ermöglichen, ihre Hochschulen mitzugestalten. In diesem Sinne soll die bestehende Autonomie um eine gesteigerte Partizipation erweitert und weiterentwickelt werden. Dazu gehört für uns, dass alle Statusgruppen in den Bereichen, in denen sie tätig und betroffen sind, echte Mitgestaltungsmöglichkeiten erhalten. Dabei sind vor allem die Studierenden derzeit zu wenig in die Ausgestaltung der Hochschulen eingebunden. Gerade bei der Organisation der Lehre sind ihre Erfahrungen besonders wertvoll für die Qualitätsentwicklung der Hochschulen.

2. *Wie steht Ihre Partei zu Paritätischen Gremienbesetzung und Beteiligung von Student*innen in akademischen Gremien?*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Autonomie muss Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen sowie anderen Hochschulangehörigen ermöglichen, ihre Hochschulen mitzugestalten. In diesem Sinne soll die bestehende Autonomie um eine gesteigerte Partizipation erweitert und weiterentwickelt werden. Dazu gehört für uns, dass alle Statusgruppen in den Bereichen, in denen sie tätig und betroffen sind, echte Mitgestaltungsmöglichkeiten erhalten. Dabei sind vor allem die Studierenden derzeit zu wenig in die Ausgestaltung der Hochschulen eingebunden. Gerade bei der Organisation der Lehre sind ihre Erfahrungen besonders wertvoll für die Qualitätsentwicklung der Hochschulen. Statt nur über die QSL-Mittel Verbesserungen im Studium zu erreichen, schlagen wir vor, auf Fachbereichsebene ein neues Organ zur Gestaltung der Lehre einzuführen (Studienkommission). Dieses soll jeweils hälftig von Lehrenden und Studierenden besetzt werden. Dieses Organ entscheidet über alle Angebote im Zusammenhang mit Lehre, inklusive der Budgetverteilung. Auf Hochschulebene wird zur besseren Repräsentanz eine Universitätsversammlung, wie sie an der Technischen Universität Darmstadt seit einigen Jahren besteht, eingeführt. Der Hochschulrat soll hingegen auf ein rein beratendes Gremium reduziert werden.

Forschung und Arbeit

1. *Wie will Ihre Partei gute Rahmenbedingungen für die Promotion gewährleisten?*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Innovationen werden von Menschen gemacht. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind unser stärkstes Pfund, wenn es um den Wissenschaftsstandort Hessen geht. Sie investieren Kreativität, Zeit und Talent in Forschung und Lehre. Dafür brauchen sie gute Rahmenbedingungen, denn der Zeitaufwand für das Bearbeiten der Dissertation ist schwer kalkulierbar und bedeutet meistens den Verzicht auf Einkommen durch den späteren Karrierestart. Selbst als wissenschaftlicher Mitarbeiter oder wissenschaftliche Mitarbeiterin an einer Hochschule bleibt parallel zu Lehrveranstaltungen, Publikationen und Vorbereitungen oft wenig Zeit zur Arbeit an der Promotion. Wir sehen in der Einrichtung von Dauerstellen für Dauerarbeit, besseren Arbeitsbedingungen (wie schon in Antwort auf Frage 2 – Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses – zu lesen) und einer vielseitigeren Förderung von Promovierenden eine Lösung.

2. *Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses?*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Unser Ziel ist es, den Anteil von Kurzzeit- und Kettenbefristungen soweit wie möglich zu begrenzen. Auf Seiten der Beschäftigten sollen Stellen, die Daueraufgaben betreuen, möglichst in Dauerstellen ausgestaltet werden. Qualifikationsstellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs sind befristet und müssen zukünftig so lange vereinbart werden, damit die angestrebte Qualifikation auch tatsächlich erreicht werden kann. Es müssen ausreichend Stellen für Qualifikationsprofessuren vorhanden sein, um talentierte Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler in Hessen zu halten. Den akademischen Mittelbau unterhalb der Professur wollen wir als eigenständige, forschende Gruppe an allen Hochschulen stärken, indem wir hier attraktive Stellen ermöglichen und bessere Mitbestimmungsmöglichkeiten eröffnen. Wir wollen unsere Ziele für faire Arbeitsbedingungen an den Hochschulen in einem Kodex für gute Arbeit zusammenführen und mit den Hochschulen und Personalvertretungen vereinbaren.

Wir wollen die Einrichtung von Tenure-Track-Professuren an den Universitäten weiter ausbauen, um jungen Nachwuchswissenschaftlern und –wissenschaftlerinnen mehr Sicherheit und Verlässlichkeit zu bieten. Hessen gehört bereits zu den Bundesländern, die überdurchschnittlich viele Tenure-Track-Professuren im Bund-Länder-Programm zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses einwerben konnten. Auch werden wir neue Nachwuchsförderprogramme an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften besonders unterstützen. Denn gerade dort, wo der Mittelbau zur Personalrekrutierung fehlt, sind Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung von großer Bedeutung.

3. *Was versteht Ihre Partei unter guten Arbeitsbedingungen an hessischen Hochschulen?*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Nachwuchswissenschaftler*innen haben immer wieder beklagt, dass sie nur kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse erhalten und unverhältnismäßig häufig Lehraufträge vergeben werden statt ordentliche Arbeitsverhältnisse zu begründen sowie, dass es kaum alternative Karrierewege neben der Professur gibt. Unser Ziel ist, den Anteil von Kurzzeit- und Kettenbefristungen soweit wie möglich zu begrenzen. Auf Seiten der Beschäftigten sollen Stellen, die Daueraufgaben betreuen, möglichst in Dauerstellen ausgestaltet werden. Qualifikationsstellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs sind hingegen befristet und sollen so lange vereinbart werden, dass die angestrebte Qualifikation tatsächlich erreicht werden kann. Es muss ausreichend Stellen für Qualifikationsprofessuren geben, um talentierte Nachwuchswissenschaftler*innen in Hessen zu halten. Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften sollten besonders bei der Förderung akademischen Nachwuchses unterstützt werden. Den akademischen Mittelbau unterhalb der Professur wollen wir als eigenständige forschende Gruppe an allen Hochschulen stärken, indem wir hier attraktive Stellen ermöglichen und bessere Mitbestimmungsmöglichkeiten eröffnen. Wir wollen unsere Ziele für faire Arbeitsbedingungen an den Hochschulen in einem Kodex für gute Arbeit zusammenführen und mit den Hochschulen und Personalvertretungen vereinbaren.

4. *Wie steht Ihre Partei zur Aufnahme der studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte in den Tarifvertrag? Wie steht Ihre Partei zur Schaffung einer Personalvertretung für studentische Hilfskräfte?*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Die Arbeit studentischer Hilfskräfte ist ein unerlässlicher Bestandteil zur Sicherstellung des Hochschulbetriebs. Da wir diese wichtige Arbeit wertschätzen, setzen wir uns dafür ein, dass auch studentische Hilfskräfte einen eigenen Tarif im Tarifvertrag erhalten. Es soll eine Beschwerdestelle für Hilfskräfte eingeführt werden, die Missbrauch mit dieser Beschäftigungsmöglichkeit verhindern soll. Die Einsatzmöglichkeiten wissenschaftlicher und studentischer Hilfskräfte werden in einem Leitfaden für Hilfskräfte, vergleichbar dem der bereits an der Universität Marburg existiert, definiert.

5. *Wie steht Ihre Partei zur Einführung einer Zivilklausel im Rahmen einer Novelle des Hessischen Hochschulgesetzes?*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Unserer Ansicht nach muss die Einsetzung von Zivilklausen von den Hochschulen ausgehen. Wir nehmen die Autonomie der Hochschulen ernst. Für uns kann es daher nur einen Weg zur Einführung von Zivilklauseln geben – und der startet und endet in den Hochschulen. Wir wollen einen Prozess an den Hochschulen und Universitäten in Gang setzen, an dessen Ende aus Überzeugung Zivilklauseln beschlossen werden. An vielen Hochschulen gab es bereits Debatten um die Frage der militärischen Nutzung von Forschungsergebnissen bzw. Kooperationen in diesem Bereich; wir halten dies für den richtigen Weg, wie sich

Hochschulen diesen Fragen nähern sollten und werden Initiativen für Zivilklauseln an den Hochschulen unterstützen.

Gleichstellung

1. *Wie plant Ihre Partei die Frauen*förderung an Hochschulen voranzubringen? Was plant Ihre Partei gegen sexuelle Übergriffe innerhalb der Hochschule zu tun?*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Bis heute sind Frauen im Wissenschaftssystem eklatant unterrepräsentiert. Trotz leichter Verbesserung gilt weiter: Je höher die Karrierestufe, desto dünner ist die Luft für Frauen. Die Chancen eines männlichen Hochschulabsolventen auf eine Professur sind nach wie vor höher als die einer Hochschulabsolventin. Wir GRÜNE setzen uns für den Abbau der Unterrepräsentanz von Frauen in den Führungspositionen im Wissenschaftsbereich ein. Dank vieler Fördermaßnahmen ist der Anteil der Frauen an den Professuren in Hessen deutlich gestiegen und liegt über dem Bundesschnitt – aber damit geben wir uns nicht zufrieden. Wir werden auch weiterhin entsprechende Förderprojekte an hessischen Hochschulen unterstützen. Das können Coachingprogramme, spezielle Promotionsstellen oder auch Servicestellen sein, die helfen, Familie und Wissenschaft zu vereinbaren. Auch der Hochschulpakt 2016-2020 sowie die mit den Hochschulen geschlossenen Zielvereinbarungen enthalten gesonderte Vereinbarungen zur Frauenförderung. So erhalten Hochschulen, die Erfolge in der Gleichstellung erzielen, Aufschläge in ihren Budgets.

Im Hessischen Hochschulgesetz ist zwar festgesetzt, dass die Gleichstellung von Männern und Frauen gefördert werden soll. Ein explizites Verbot sexueller Belästigungen ist allerdings nicht festgehalten. Wir GRÜNE wollen die Verankerung eines Diskriminierungsverbots (entsprechend §3 Abs. 4 AGG) in das Hessische Hochschulgesetz erwirken. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass unsere Hochschulen im Dialog mit den Studierenden selbst transparente Verhaltensrichtlinien und klare Sanktionen entwickeln und festlegen. Zur Feststellung des Handlungsbedarfs schlagen wir die Durchführung einer Befragung unter allen Studierenden und Beschäftigten vor. Hilfreich ist auch, wenn die Studierenden durch Plakate, Flyer etc. noch mal deutlich auf die Existenz von Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragten und Beschwerdestellen hinweisen. Wichtig ist, dass Betroffene ermutigt werden, das Gespräch suchen und nicht in ihrer Situation alleine gelassen werden.

2. *Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um die Barrierefreiheit an Hochschule zu erhöhen?*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

Uns GRÜNEN ist es wichtig, dass mehr Menschen mit Behinderung studieren können. Wir haben uns im Bund daher bei der Reform des Bundesteilhabegesetzes dafür eingesetzt, hier Verbesserungen zu erzielen. Die Hilfen für Menschen mit Behinderung sind nun wesentlich personenzentrierter ausgerichtet, d.h. sie werden am individuellen Bedarf des Menschen mit Behinderung gewährt. So soll es möglich sein, etwa Gebärdendolmetscher einsetzen zu können, um den Vorlesungen an den Unis folgen zu können. Wir wollen uns auch in Zukunft

dafür einsetzen, dass mehr Menschen mit Behinderung studieren können. Im Wesentlichen werden die Leistungen aber bundesgesetzlich festgelegt.

3. *Was plant Ihre Partei gegen Diskriminierung an Hochschulen zu tun? Wie will Ihre Partei einen wirksamen Diskriminierungsschutz schaffen?*

Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:

An Universitäten gibt es bereits jetzt durch entsprechende Landesgesetze eine Schwerbehindertenvertretung und eine Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragte, die wir bereits in der vergangenen Legislatur gefördert haben. An diese Stellen können sich Studierende wenden. Im Land wollen wir weiterhin die Arbeit der von uns eingerichteten Antidiskriminierungsstelle mit der externen Rechtsberatung stärken, die für alle Menschen offen steht. Zusätzlich bieten die Asten in der Regel Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen zu verschiedenen Formen der Diskriminierung, z.B. zu LSBTIQ*-Themen. Wir GRÜNE finden, dass die Selbstverwaltung an den Universitäten eine gute Grundlage bietet, die entsprechenden Angebote für von Diskriminierung betroffenen Menschen zu gestalten. Ein gutes Beispiel ist die Initiative ArbeiterKind.de, die sich für Studierende aus Nichtakademiker-Haushalten stark macht.